

...überhaupt nicht gibt". Mit solchem Rhetorik suchen sie jetzt die Proleten, die aus "Billigkeitgründen" das grüne Mitgliedsbuch noch tragen, zu halten. Unsere Partei ist, das geht aus den aufgeführten Ziffern ganz einwandfrei hervor, die Partei der Armen. Der ausgebeutete Teil der Arbeiterklasse steht zu uns. Wir haben nicht tadelnde Parteimitglieder, die Sonderbeiträge bis zu 40 RM pro Monat zahlen können, wie das sozialdemokratische Blatt behauptet. Aus diesem Grunde muß die teure Erfüllung auch des letzten Mitglieds durchgeführt und die Masse der Mitgliedschaft die Finanzen bringen, die wir für die Durchführung unserer Parteiarbeit benötigen.

Unser schwächerer Frontabschnitt

Es zweifelslos die Arbeit an der Betriebsfront. Das kommt bereits durch die aufgeführten Ziffern bei der Beitragsleistung zum Ausdruck. Unsere Werbearbeit wird noch zu allgemein, d. h. nicht auf die wichtigsten Stellen konzentriert, durchgeführt. Die Werbung von betrieblichen Arbeitern steht z. B. wie folgt aus:

	Kulnahmen	davon Betriebsarbeiter
April	921	288 = 31,2 %
Mai	925	146 = 15,8 %
Juni	2034	401 = 19,7 %
Juli	1600	309 = 19,3 %

Im April war der Anteil der betriebsständigen Genossen, wenn auch nicht zufriedenstellend, aber immerhin ein guter. Die Partei muß bei der Werbung auf die Betriebsarbeit vor allen Dingen auch auf die organisatorische Erschließung der betriebsständigen Arbeiterkraft Wert legen. Dieses Proportionsverhältnis besetzt heißt, die Voraussetzungen für eine gute Arbeit in den Betrieben zu schaffen.

Der Stand unserer Presse

Der Hauptangriff unserer Gegner richtet sich gegen die kommunistische Presse. Der Kämpfer und die Arbeiterstimme werden, sollen wir den Nachrichten des Reformistischen Glaubens schenken, eingeklinkt. An dem ganzen Gerede ist selbstverständlich kein wahres Wort. Umgekehrt. Die Entwicklung unserer Presse im Bezirk ist so, daß wir über eine Steigerung von 13,8 % berichten können. Allerdings muß gesagt werden, daß wiederum die Entwicklung im gesamten Bezirk nicht gleichmäßig ist. In Sachsen ist z. B. die Vormärtsentwicklung der einen Zeitung eine bessere als die der anderen. Auf diese Tatsache machen wir die Genossen aufmerksam, um sie auf ihr Zurückbleiben hinter der allgemeinen Linie hinzuweisen. Die Werbearbeit für Partei und Presse muß in erster Linie gesteigert werden. Außerordentlich günstige Ergebnisse hatten wir in der Werbung für das Sächsische Volks-Echo zu verzeichnen. In der nächsten Nummer des Festschrift werden wir Gelegenheit haben, Unterlagenmaterialien zu dieser Frage zu bringen, da bis zu diesem Termin ja die Wochenendzeitung im gesamten Bezirk erschienen sein wird.

Die Parteiorganisation im Bezirk hat, trotz allem Geschrei der Reformisten, die das "Material" durch die Brandreden besetzen, in den letzten Monaten eine gute Formationsentwicklung zu verzeichnen. Der "organisatorische Bankrott", von dem die Brandreden und Sozialisten immer wieder reden, scheint sich in ihrem Vorgehen sehr merkbar zu machen. Wir können auf jeden Fall sagen, daß die Januare von nahezu 10 000 Mitgliedern, die Schaffung von 75 neuen Ortsgruppen, und vor allen Dingen die außerordentliche Aktivität unserer Partei die Ausrichtung eines solchen Bankrottes sehr gut vertritt. Keineswegs sind wir mit unseren Erfolgen zufrieden. Viel mehr noch könnte geschaffen werden, wenn die gesamte Partei auf dem Posten wäre. Wir verbuchen die Erfolge und tun alles, um noch mehr aus der Organisation herauszuholen. Die nächsten Wochen und Monate bis zum 1. Oktober müssen ausgenutzt werden, um das von der Bezirksleitung gestellte Ziel:

- 10 000 neue Parteimitglieder,
- 200 neue Ortsgruppen,
- 400 arbeitende Betriebszellen,
- 10 000 neue Leser für die kommunistische Presse,
- Schaffung eines Massenablasses der Wochenendzeitung Sächsisches Volks-Echo und unserer Literatur usw.

zu erreichen. Die Voraussetzungen sind außerordentlich günstig. Die Parteimitglieder schenken jeden Tag leuchtende Beispiele von Aufopferung und Schaffensfreudigkeit. Der letzte Genosse vor die Front, alle Kräfte angepannt und wir werden es schaffen, allen Feinden zum Trotz!

Schwere Unterschlagung in der städt. Verwaltung

Jittau, Sa. Nachdem hier größere Unterschlagungen bei der Feuerwehr festgestellt waren, sind weitere Unterschlagungen bei der höheren Fachschule für Textilindustrie festgestellt worden. Merkwürdig dabei ist, daß die letzten Verschleudern erst nach dem Tode des betreffenden Beamten, des Leiters der Schule, Oberstudienrats Schmidt, herausgefunden sind.

Nach 6000 RM sind hier Käfen gegangen.

Schließlich wird die Summe aber noch höher als hier festgestellt. Die Frau des Beamten miß die Summe erfahren. Welche Genossin hat denn der Herr zu Lebzeiten gemacht, daß der Witwe jetzt mit einem Male die Rückzahlung einer solchen Summe möglich ist?

Die Entscheidung wirft aber noch eine andere Frage auf. Warum haben die übrigen Beamten, die das Defizit jetzt erst aufdecken, erst nach dem Tode des Schmidt gesprochen? Herrliche in diesem Amt ein solcher Ton, daß keiner sich etwas zu sagen wagte. Welche es den unteren Beamten an Mut? Warum etwa die höheren Beamten gegenüber den unteren Beamten durch die und dann gebüßt?

Wie gesagt, das sind eine Reihe Fragen, die geklärt werden müssen. Sie zu klären, ist um so nötiger, als ja die Unterschlagungen bei der freiwilligen Feuerwehr ähnlich lagen. Auch dort hat sich niemand herangezogen? Sind 3000 Reichsmark Erlös für diesen eine Ruhe? Was würde wohl einem unteren Beamten, durch dessen Schuld 18 000 RM Käfen gingen, passieren?

Im Interesse der Werktätigen, um deren Gelder es sich handelt, muß dringende Aufforderung und Abklärung verlangt werden. Die Verwaltung mit ihrem Oberbürgermeister ist verantwortlich. Weg mit den Schuldigen!

Notverordnung raubt Kriegsoptionen die Mu

Wir brachten bereits einen Fall, aus dem der Raub an den Kriegsoptionen ersichtlich ist. Wie uns nun weiter mitgeteilt wird, sind übereifrige Arbeitsamtstellen im Bezirk sogar so weit gegangen, den Kriegsoptionen die kapitalisierte Rente auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Das ist, wie uns der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit mitteilt, unzulässig. Ganz abgesehen davon, daß die jetzige An-

Bauspartassen — ein Volksbetrug

Von Georg Schumann (MDR)

Mit dem 1. Oktober tritt durch eine Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen das Bausparparaffengesetz in Kraft (Reichsgesetzblatt 1 Nr. 13). Darunter unterliegen Bauspartassen der Genehmigung und Aufsicht der Behörden. Sie dürfen nur in der Form von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrieben werden. Bausparparaffengesellschaften sind nicht erlaubt. Einrichtung, Umfang, Geschäftspfan, Gesellschaftsvertrag und Rechnungsabklärung unterliegen der Prüfung durch das Reichsaufsichtsamt. Materielle Bestimmungen über das Bausparen enthält das Gesetz nicht. Man will nur die schwindelhaften Ausschüßel dieser jungen Bewegung bekämpfen. Bei der Verzerrung des deutschen Volkes und der Selbsttäuschung der Mittel zum Wohnungsbau will man die Selbsthilfe durch systematisches Zwangsparaffieren auf lange Sicht einschränken.

Genau der Schwindel ist ungeheuerlich. In Prospekten wird das Ganze vom Himmel herunter versprochen. Aber keine Bauspartasse ist davon frei, und auch das neue Gesetz wird das nicht helfen. Auch die letzte Bauspartasse, kann die Verheißungen nicht halten und muß in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges scheitern. In "normalen" Zeiten können einige Ausnahmefälle auf Kosten anderer zu erreichen sein. Eigenheimbau erhalten; die große Masse der Sparrer hat bei Hunger und Entbehrung das Nachsehen.

Das beste Geschäft machen die Gründer solcher Bauspartassen, obwohl sie in der Regel zinsloses Baudarlehen versprechen. Die größte Bauspartasse, "Gemeinschaft der Freunde Wittenberg" in Ludwigsburg mit 57 600 Mitgliedern, hat nach dem Geschäftsbericht für 1930 allein 1.302 574 Mark Verwal-

Solidaritätstag der Roten Hilfe, Freitag

Die Mitglieder aller betreuten Organisationen beteiligen sich am Solidaritätstag der Roten Hilfe. Stellen zur Demonstration um 17 Uhr am Steigerplatz am Sonnabend, dem 15. August. Anschließend Saalfundgebung bei Krille.

Abgesehen vom Bankrott der Bauspartassen bleibt das Eigenheim eine kostspielige Illusion für die breite Masse der Bausparer. Die Methoden und Beträge der einzelnen Kassen liefern ein buntes Bild der Verschiedenheit. Die Gruppierung der Sparrer ist verschieden; Schlüssel der Zuteilung ist bei jeder Kasse anders. In allen Fällen ist aber der zahlungskraftige Sparrer im Vorteil. Er kann einen Sparvertrag mit kurzer Dauer (etwa 6 Jahre) und hohen monatlichen Leistungen abschließen, während der Minderbemittelte mit langer Dauer (18 bis 28 Jahre) rechnen muß, ehe er ein Baudarlehen erhält. Teilweise kann ein Auslösung auch schon nach ein paar Jahren eintreten. Über dieses Bild wird nur wenig berichtet.

Auch sonst sind die Bauspartassen sehr geschäftsfähig. Alle Baudarlehen werden als Geldmarktpfandbriefen an sicherer Stelle gegeben. Für die eingezahlten Gelder der Bausparer wird eine gleiche Sicherheit nicht gewährt. Bei einsetzender Krise sind also die Sparrer geschädigt.

Die Listen der Zuteilungen besitzigen, daß nur allenfalls 50% am 17. Oktober 1930 sind auf Stuttgart 36 Bausparparaffengesellschaften, darunter befinden sich ein Straßenbahnbauarbeiter, eine Stütze, eine Verkäuferin und eine Kantinenbeamte, Fabrikanten usw. Damit ist erwiesen, daß die Bauspartassen nicht dazu beitragen, die Wohnungsnot der Werktätigen zu mildern.

Die guten Geschäfte der privaten Bauspartassen haben die Gemeinden und Länder angezogen, öffentliche Bauspartassen zu errichten. Die Landesbauspartasse für den Freistaat Sachsen ist ganz offen, daß sie die Bauspargelder zur Streckung der Mietzinssteuererträge verwenden will. "Nach den Erfolgen, welche die privaten Bauspartassen trotz der Mängel ihrer Unternehmungen erzielt haben, ist kein Zweifel, daß eine ähnliche Unternehmung in Sachsen eine Bauspartasse mit einer Summe von 150 Millionen Mark abbringen könnte und daß man dann jährlich 7,5 Millionen Mark zur Streckung der Mietzinssteuererträge zur Verfügung hätte. Den Gemeinden wird dann aufgegeben, daß sie die Verpflichtungen der Landesbauspartasse solidarische Beiträge übernehmen, ein Grundkapital von 50 Pfennig pro Einwohner aufbringen und damit die Grundlage der neuen Bauspartasse abgeben sollen.

Aber auch in der öffentlichen Bauspartasse kommt die Minderbemittelte schlechter weg. Die Kasse empfängt nicht, daß die Grenze der monatlichen Leistung die Sparrate des einzelnen ist. Wer monatlich "nur 60 Mark spart", muß mühe eben 12 Jahre warten, bis er schließlich sein Baudarlehen zum Eigenheim bekommt. Können er aber monatlich 120 Mark sparen, dann kann er schon in spätestens sechs Jahren das notwendige Baudarlehen erhalten. Nach den Zahlen dieser Kasse muß derjenige, der ein Darlehen von 10 000 Mark braucht, bei einer monatlichen Beitragsleistung von 37,50 M. 11 Jahre warten, bis er sein Baudarlehen erhält.

Aber es ist nicht davon die Rede, daß die Bauspartassen zinslos gegeben werden. In den monatlichen Raten befinden sich ein v. S. Beitrag zur Sicherheitsrücklage, ferner 0,3 v. S. Beitrag zu den Verbefolgen und 0,2 v. S. Beitrag für Verwaltungskosten. Außerdem 0,225 vom Tausend der Beitragssumme Vermittlungskosten der Bauspartasse und laufend 0,214 vom Tausend der Beitragssumme für Versicherung.

Auch bei der öffentlichen Bauspartasse wird keine Rücksicht darauf genommen, ob bei den Sparrern eine besondere Dringlichkeit der Wohnungsbeschaffung vorliegt. z. B. bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. Solchen Sparrern wird empfohlen, einen kürzeren Takt zu wählen, der aber meistens nicht weilt neben der Rente für die alte Wohnung ein so hoher Betrag von etwa 130 Mark monatlich nicht aufgebracht werden kann.

Außerdem stellt diese öffentliche Bauspartasse die Bedingung auf, daß bei der Auslösung der Zuteilung eines Darlehens vor Ablauf der Vertragsdauer der Sparrer 20 Prozent der Kapitalsumme eigenes Kapital zur Verfügung hat. Das ist das nicht so muß er warten, bis der Betrag abläuft, also 18 Jahre. In dieser Zeit verbleibt wieder eine Benachteiligung der sogenannten Kleinparer. Dazu kommt, daß die Kasse auch Beiträge zur Ablösung von Hypotheken abbleibt, eine Maßnahme, die nur dem Hausbesitzer zugute kommt.

Besonders rigoros sind die Bestimmungen der Kasse bei Zahlungsvorgang. Jeder Zahlungsvorgang zur Zuteilung eines Baudarlehen wird als Rückzahlung des Vertrages angesehen. In Fälle unerschuldeter Kollegen kann die Stundung der Zahlungen

Hinein in die SPD!

lichen Beitragsleistung beantragt werden. Die Dauer der Stundungsdarf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen. Es wird ausdrücklich betont, daß solche Stundungen nur in besonderen Ausnahmefällen gewährt werden können. Durch die Stundung darf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen. Durch die Stundung darf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen. Durch die Stundung darf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen.

Für uns Kommunisten ist es längst klar, daß es im letzten Willen der Staat keine Lösung der Wohnungsfrage gibt. Die Idee, durch Sparten ein Haus zu erwerben, ist schon so alt, wie die Wohnungsnot selbst. Die bürgerlichen Moralprediger und Schläge Schulze-Dehligs, die den Arbeitern Selbsthilfe durch Sparparaffes und Genossenschafts- und Verschuldenlehren empfohlen, sind schon von Friedrich Engels gehörig auf die Spitze geklopft worden. Als diese illusionären Auffassungen auch zum ersten Mal in Leipzig im Leipziger sozialdemokratischen Volksblatt vertreten wurden, da rechnete Friedrich Engels in mehreren Artikeln (sogar mit diesen "Quasidilettanten" ab) Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage.)

Wir Kommunisten wissen, daß durch die erfindende Zuteilung der Wohnungsnot den Bauspartassen immer neue Opfer zu braten getrieben werden. Um so mehr haben gerade die Kommunisten die Pflicht, durch klare und einseitige Stellungnahme gegen die privaten und öffentlichen Bauspartassen vor diesem Volksbetrug zu warnen und die Massen gegen den kapitalistischen System zu gewinnen.

(Aus der Kommune, kommunalpolitische Zeitschrift der KPD zu beziehen durch die Post, Vierteljahrsbesuch 1 Mark.)

Frommsdorf hat Welttrief!

Nur echt in den vor Nachahmungen gesetzlich geschützten Streifenpackungen mit Namenszug.

Kaufen Sie immer nur in einschlägigen Geschäften. Dort werden Sie gut und reell bedient.